

HP

MITTWOCH, 10. DEZEMBER 2008

HANAU UND SEINE STADTTEILE

Mehr Wohnraum für Begüterte oder Arme?

Parteien fordern Konzepte für Wohnungspolitik / CDU: Fokus auf gehobenen Bedarf / Linke: Preiswerte Wohnungen schaffen

Hanau/Großauheim (did) ■ Die Schaffung neuen Wohnraums unter Einbindung der frei gewordenen US-Liegenschaften beschäftigt die Hanauer Politik. Doch während die CDU Großauheim sich dafür ausspricht, die Konversionsflächen vor allem für die Schaffung von Angeboten für den gehobenen Wohnbedarf zu nutzen, sieht die Fraktion der Linken in der Stadtverordnetenversammlung dort vor allem die Möglichkeit,

preiswerten Wohnraum anzubieten.

Die CDU-Fraktion im Großauheimer Ortsbeirat verlangt vom Magistrat ein schlüssiges Konzept, das die „Chancen der Konversion nutzt und gleichzeitig bestehende Strukturen stärkt“, so der Großauheimer Christopher Göbel. Er sieht in Hanau keinen Bedarf für vier- bis fünfgeschossige dichte Blockbebauung in Randlage und hält insofern die Bestandsimmobilien auf

den ehemaligen Kasernenflächen für problematisch. Mit „intelligenten Planungen und Vorgaben“ könne es Hanau jedoch gelingen, gerade gehobenes Wohnen wieder deutlicher in den Fokus zu rücken, meint auch der stellvertretende Großauheimer CDU-Vorsitzende Joachim Stamm. Hanau habe gerade in diesem Bereich zuviel an das Umland abgegeben. „In Langenselbold, Erlensee, Großkrotzenburg, Hainburg und weiteren

Umlandgemeinden entstanden und entstehen attraktive Wohnquartiere, während bei uns der Leerstand steigt“, kritisierte Stamm.

Demgegenüber fordern die Linken die Schaffung von mehr preiswertem Wohnraum in Hanau. Dies sei eine Aufgabe der Stadt. Die Linken fordern in einem Antrag ans Stadtparlament „wohnungspolitische Leitlinien“ für Hanau. Denn die Schaffung von bezahlbarem Wohn-

raum könne, so Linken-Fraktionschef Jochen Dohn, nur auf Basis eines das gesamte Stadtbild umfassenden Konzeptes erfolgen. Dies bedeute unter anderem, dass preiswerter und energieeffizienter Wohnraum bedarfsgerecht in allen Stadtteilen vorhanden sein müsse.

Ein Anfang könnte durch die gezielte Nutzung der vielen aktuell leer stehenden Wohnungen auf den Konversionsflächen geschaffen wer-

den. Jedoch dürfe dies nicht zu einem neuen Ghetto führen, so Dohn. Außerdem wären weitere Investitionen in die Sanierung und Erschließung beziehungsweise in die Infrastruktur von Nöten. Voraussetzung für deren Nutzung wäre aber eine Absprache mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Der Abschluss des angestrebten Kooperationsvertrags (wir berichteten) könnte ein Anfang sein, so Dohn.